

Isabella Weber: „Antifaschistische Wirtschaftspolitik“

Eine Wirtschaft für die Menschen

Von Andrea Roedig

Deutschlandfunk Kultur, Lesart, 29.10.2026

Ökonomische Unsicherheit und Krisen führen zu politischer Radikalisierung, das war schon immer so und ist in diesen Tagen wieder zu erleben. Die Ökonomin Isabella Weber hat eine klare Vorstellung davon, was zu tun wäre: Wenn wir die Demokratie retten wollen, brauchen wir eine andere Wirtschaftspolitik.

Das Wort Wirtschaftspolitik ist bei Isabella Weber ganz grundsätzlich zu verstehen: Wirtschaft ist immer Politik – und umgekehrt ist politische Gestaltungsmacht notwendig an wirtschaftliche Instrumente gebunden. Ein Staat, der die Wirtschaft aus der Hand gibt, macht sich selbst ohnmächtig. Mit „Antifaschistische Wirtschaftspolitik“ hat Isabella Weber – der Titel sagt es deutlich – genau Folgendes im Sinn: Handlungsmacht zurückgewinnen, um die Demokratie zu retten.

Die Argumentation ist schnell zusammengefasst: Der Aufstieg rechter Parteien und der Zuspruch für autoritäre Herrschaftsformen bis hin zum Faschismus war immer und ist auch heute ein Krisenphänomen, eine Reaktion auf Inflation, Arbeitslosigkeit und ökonomische Unsicherheit. Der Marktfundamentalismus bietet keine geeigneten Mittel, diese politischen Krisen zu bekämpfen, im Gegenteil: Er verstärkt Ungleichheit. Daher müssen wir zurück zu mehr staatlicher Regelung der Märkte – und zwar dringend, denn die Welt brennt.

Historische Vorbilder aus den USA

Webers Ideen sind nicht neu. Die Autorin bezieht sich auf historische Beispiele, vor allem aus den USA, um zu zeigen, dass durchaus machbar ist, was sie vorschlägt. Einer ihrer Helden ist der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt, der mit dem „New Deal“ auf die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre reagierte. Ein anderer Held ist der emigrierte Soziologe Karl Polanyi, der in dem Buch „The Great Transformation“ 1944 den Zusammenhang von Faschismus und Marktliberalismus beschrieb.

Stets wiederholt sich auch in der Geschichte der USA der Kampf zwischen den ökonomischen Schulen, Marktliberalismus versus Marktsozialismus, und immer wieder gab es Zeiten, in denen eine eher staatlich lenkende Politik herrschte, nach dem Zweiten Weltkrieg etwa,

Isabella Weber

Antifaschistische Wirtschaftspolitik

Aus dem Englischen von Nikolas Bertheau, Stephan Gebauer und Max Henninger

Suhrkamp

399 Seiten

26,80 Euro

oder in den 1970er Jahren. Seither allerdings hat sich das neoliberale Paradigma mit voller Macht durchgesetzt. Doch die Gesetze des Marktes sind nicht naturgegeben, sondern interessengeleitet. Marktfundamentalismus sei reiner Profitfundamentalismus, schreibt die Autorin.

Zwiebelmodell der Bezahlbarkeit

Isabella Weber ist keine Vertreterin totaler staatlicher Intervention, sie sucht einen dritten Weg zwischen Marktliberalismus und Planwirtschaft. Ihr Vorschlag nennt sich „Konzept der essenziellen Güter“: Der Staat solle nur die Bezahlbarkeit der Grundbedürfnisse garantieren – Wohnen, Energie, Mobilität und Nahrungsmittel, etwa durch strategische Preiskontrollen oder auch Vorratslager.

Weber stellt sich das Ganze als ein „Zwiebelmodell der Bezahlbarkeit“ vor, bei den verschiedene Ebenen der Sicherung von Produktion, internationalem Handel, makroökonomischer Stabilität, ökologischer Nachhaltigkeit und Friedenspolitik ineinander greifen.

Eine Wirtschaft für die Menschen zum Wohl aller und unter Wahrung menschlicher Würde: Webers Buch ist eine Kampfschrift, aber eine wohl begründete. Trotz etlicher manchmal ermüdender Wiederholungen – ja, wir haben verstanden, dass Krisen den Faschismus begünstigen – bleibt das Gesamtpaket beeindruckend durchdacht und handfest. Weber weiß, was sie will, und zeigt konkret Wege zur Umsetzung einer Politik der „essenziellen Güter“ auf. Angesichts der herrschenden Untergangsängste und Endzeitdiskurse ist dies ein Buch, das in seiner Menschlichkeit und Klarheit Hoffnung macht.